

## Regionales

### Adam Frasunkiewicz und die Spaltung der Hemelinger Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg

Ulrich Schröder

#### *1. Die preußische Industriegemeinde Hemelingen und die örtliche Sozialdemokratie vor Ausbruch des Krieges*

Im Jahre 1897 war Hemelingen mit ca. 5.600 Einwohnern das größte Dorf in der preußischen Provinz Hannover.<sup>1</sup> Seit Mitte des 19. Jahrhunderts hatten sich dort zahlreiche Fabriken angesiedelt. Rechts der Weser stromaufwärts gelegen und direkt an das bremische Staatsgebiet angrenzend, war es aus der Sicht hansestädtischer Unternehmer sehr günstig gelegen, denn es gehörte zum Zollverein und verfügte über Anschluss an die Bahnlinien Bremen-Hannover und Bremen-Osnabrück.<sup>2</sup> Durch Zuwanderung stieg die Wohnbevölkerung bis 1905 auf 7.214 und bis 1913 auf 8.810 Personen an.<sup>3</sup> Im Jahre 1910 bestand deren erwerbstätiger Teil zu etwa 60 Prozent aus Arbeitern und unselbstständigen Handwerkern, 31 Fabriken hatten sich mittlerweile angesiedelt.<sup>4</sup>

Seit 1871 galt bei Gemeindewahlen das Sechsklassenwahlrecht. Jedes Jahr wurde je einer von insgesamt drei Vertretern der sechs Steuerklassen neu gewählt bzw. bestimmt. Dieses ungleiche Wahlrecht, das bis zum Ende des Ersten Weltkrieges in Kraft war, hatte zur Folge, dass höchstens drei Arbeiter als Angehörige der 6. Wählerklasse in den Gemeindeausschuss entsendet werden konnten. Laut Klaus Düwel gelangten spätestens seit 1896 nur Sozialdemokraten als mit großer Mehrheit gewählte Vertreter

---

1 Siehe Klaus Düwel: Die industrielle und kommunale Entwicklung des Fabrikortes Hemelingen. Ein Kapitel der Industrialisierung des Bremischen Randgebietes, Phil. Diss., Göttingen 1958, unveränderter Nachdruck Bremen 1990, S.43.

2 Siehe ebenda, S.9-19, 27-34.

3 Siehe Friedrich Rauer: Hemelingen. Notizen zur Vergangenheit, hrsg. von der Sparkasse in Bremen, o. O. [Bremen] 1987, S.66.

4 Siehe Düwel, Entwicklung, Anhang III. Da das Adressbuch für Hemelingen und den Kreis Achim 1911 die Quelle war, die Düwel auswerten konnte, sind natürlich nur die darin aufgeführten, überwiegend männlichen Personen berücksichtigt.

der größten Wählergruppe in das Gremium.<sup>5</sup> Bei der Reichstagswahl vom 12. Januar 1912 entfielen 62,9 Prozent der abgegebenen Stimmen auf den Kandidaten der SPD.<sup>6</sup>

Die Geschichte der Hemelinger Arbeiterbewegung in der wilhelminischen Vorkriegsepoche ist bislang nicht untersucht worden. Düwels wenige und überwiegend allgemein gehaltene Bemerkungen stützen sich weitgehend auf mündlich mitgeteilte Erinnerungen des ehemaligen Parteifunktionärs Karl Moewes.<sup>7</sup> Demnach wurde der Ortsverein Hemelingen der SPD im Oktober 1891 von zugezogenen Arbeitern gegründet. Zuvor hatten sich die Hemelinger Sozialdemokraten nach Hastedt, der benachbarten bremischen Arbeitergemeinde, orientiert.<sup>8</sup> Allein aus der Tatsache, dass im Jahre 1909 der örtliche Parteiverein 462 Mitglieder zählte und ihre Anzahl bis zum 1. April 1914 auf 869, darunter 228 Frauen, steigern konnte,<sup>9</sup> lässt sich schließen, dass Hemelingen bereits vor dem Ersten Weltkrieg eine Hochburg der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gewesen sein muss. Dafür spricht auch der politische Werdegang des 1. Vorsitzenden des Parteivereins, Adam Frasukiewicz, der am 6. November 1918 vom Söller des Bremer Rathauses die Bildung des Arbeiter-

---

5 Siehe ebenda, S.82 und Anhang IV; die Wahlliste 1905 enthielt beispielsweise für die Klassen 1-3 nur wenige Firmen bzw. deren Inhaber, für die 4. Klasse 45 wahlberechtigte Personen und Firmen, für die 5. Klasse 167 und für die 6. Klasse 1.068 Personen, siehe Helga Hoffmann: Hemelingen: Von Nachbarn, Bekannten und Unbekannten. 100 Jahre im Zeitraffer, T. 1, Hrsg. Kultur- und Freizeitgemeinschaft Hemelingen e.V., o. O. [Bremen] 2013, S.488.

6 Berechnet nach den Angaben in der Bremer Bürger-Zeitung (BBZ), 16.1.1912.

7 Siehe Düwel, Entwicklung, S.82, Anm. 54. Karl Moewes, gelernter Böttcher, der seinen ursprünglichen Familiennamen Moses ändern ließ, trat der SPD wahrscheinlich bereits vor dem Ersten Weltkrieg bei, als Maat der Kriegsmarine schickte er seinen Parteigenossen Ende 1916 Neujahrsgrüße. Am 26.3.1919 zum 2. Vorsitzenden des Ortsvereins Hemelingen der USPD gewählt, bekleidete er fortan Parteiämter in der USPD und gehörte seit April 1921 dem Hemelinger Gemeindevorstand als Mitglied der USPD- bzw. SPD-Fraktion an. Ab Juli 1929 fungierte er als besoldeter Beigeordneter, und er hatte den Vorsitz der Arbeiterwohlfahrt inne. Ende März 1933 inhaftierte man ihn wegen Untreue zum Nachteil der Gemeinde Hemelingen, er wurde aber freigesprochen, siehe BBZ, 30.12.1916; Bremer Arbeiterzeitung (BAZ), 28.3.1919, 28.3. und 4.10.1920; Dierk Wolters: Hemelingen: Vom Bauerndorf zur Industriegemeinde, Bremen o. J. [1975], S.124, Hoffmann, Hemelingen, S.510, 514, und Arbeitskreis Geschichte der KuFAG (Margot Müller): Auch Hemelingen hatte einen Adolf-Hitler-Platz. Eindrücke aus Hemelingen 1933-1945, o. O. u. J., S.10, 16.

8 Siehe Düwel, Entwicklung, S.80f.

9 Siehe Bericht von der Generalversammlung am 17.4.1914, in: BBZ, 17.4.1914; die Anzahl der Abonnenten der Bremer Bürger-Zeitung – 880 am 1.4.1914 – lag sogar noch höher.

und Soldatenrats der Hansestadt verkündete.<sup>10</sup> 1879 in Bromberg, Provinz Posen, geboren, absolvierte er eine Schuhmacherlehre, ging auf Wanderschaft und trat 1897 der SPD bei.<sup>11</sup>

Seit wann er den Hemelinger Parteivorsitz innehatte, ließ sich nicht ermitteln,<sup>12</sup> jedoch wählte ihn die Generalversammlung des Bremer Parteivereins bereits im Februar 1906 als Vertreter des radikalen Parteiflügels in die einflussreiche Presskommission, die die politische Linie des Parteiorgans „Bremer Bürger-Zeitung“ (BBZ) und die Zusammensetzung der Redaktion bestimmte.<sup>13</sup> In dieser Funktion war er mit Unterbrechungen mehrere Jahre lang tätig.<sup>14</sup> Im Oktober 1909 gewann er mit 253 von 259 abgegebenen Stimmen die Wahl in den Hemelinger Gemeindeausschuss.<sup>15</sup> Als Berufsbezeichnung hatte er bereits damals „Expedient“ angegeben, obwohl er die Leitung der Hemelinger Filialexpedition der „Bremer Bürger-Zeitung“ erst 1911 offiziell übernahm. 1913/1914 absolvierte er die zentrale Parteischule der SPD in Berlin und leitete ab April 1914 den örtlichen Bildungsausschuss.<sup>16</sup> Frasunkiewicz übte also bereits als junger Mann nicht nur in der Hemelinger, sondern auch in der Bremer SPD politischen Einfluss aus und dürfte entsprechend bekannt gewesen sein.<sup>17</sup>

---

10 Siehe unten.

11 Siehe Sabine Roß (Bearb.): Biographisches Handbuch der Reichsrätekongresse 1918/19, Düsseldorf 2000, S.127f.

12 Im April 1906 wurde H. Klenkens zum 1. Vorsitzenden gewählt, siehe BBZ, 4.4.1906. Zu den Generalversammlungen der folgenden Jahre liegen keine bzw. unvollständige Berichte vor oder sie konnten nicht aufgefunden werden.

13 Siehe Karl-Ernst Moring: Die Sozialdemokratische Partei in Bremen 1890-1914. Reformismus und Radikalismus in der Sozialdemokratischen Partei Bremens, Hannover 1968, S.90; zur Bedeutung und Funktion der Presskommission siehe ebenda, S.88-91.

14 Siehe Erhard Lucas: Die Sozialdemokratie in Bremen während des Ersten Weltkrieges, Bremen 1969, S.35.

15 Sitzungsprotokolle Gemeindeausschuss Hemelingen, Laufzeit 31.10.1905-9.9.1910, Wahlversammlung am 21.10.1909 (im Folgenden: Prot. GA Hem.), Staatsarchiv Bremen (im Folgenden: StAB) 6,6/1 Akz.2-Bd.5, S.421. Die Angabe Hoffmanns (Hemelingen, S.503), er sei bereits 1904 in den Gemeindeausschuss gewählt worden, ist falsch, gewählt wurde der Schlosser Emil Ehrlich.

16 Siehe Roß, Handbuch, S.127f.; BBZ, 18.4.1914.

17 Er war kleinwüchsig und litt unter einer Rückgratverkrümmung, siehe Wilhelm Eildermann: Jugend im ersten Weltkrieg. Tagebücher, Briefe, Erinnerungen, Berlin 1972, S.292, 333. Wahrscheinlich deshalb konnte er nicht zum Militär eingezogen werden. Auf seine körperlichen Eigenschaften spielten vor allem seine politischen Gegner immer wieder an, und nach der Niederschlagung der Bremer Räterepublik wurde nach Buckligen gefahndet.

## 2. Kriegsgegnerschaft und Proteste der „Kriegerfrauen“ gegen die Verschlechterung ihrer materiellen Lage

Als der Ausbruch des Ersten Weltkrieges immer wahrscheinlicher wurde, rief der Parteivorstand der SPD am 25. Juli 1914 zu Antikriegskundgebungen auf. Daran nahmen im Zeitraum vom 25. bis 31. des Monats etwa 500.000 Menschen in allen Teilen des Reichs teil.<sup>18</sup> Allein in Bremen fanden am 28. Juli sieben Saalveranstaltungen statt, denn Kundgebungen im Freien waren untersagt. Ort der Hemelinger öffentlichen Versammlung am 29. Juli war das „Lüers Tivoli“, das mit ca. 1.000 Besuchern bis auf den letzten Platz gefüllt war.<sup>19</sup> Der linksradikale BBZ-Redakteur Paul Frölich prangerte die Kriegsbereitschaft Österreich-Ungarns an und betonte die große Verantwortung der deutschen Sozialdemokratie für den Erhalt des Friedens. In der Diskussion geißelte Fritz Wolffheim aus Hamburg unter stürmischem Beifall „die ungeheure Zumutung, daß das deutsche Proletariat, das verfolgte, entrechtete, gebüttelte [...] sich auf dem Schlachtfeld für den Kapitalismus opfern solle“.<sup>20</sup> Einstimmig verabschiedeten die Versammelten wie ihre Genossen in der gesamten Region eine scharfe Resolution, in der sie ihre Bereitschaft gelobten, „opferfreudig ihre ganze wirtschaftliche Macht zur Aufrechterhaltung des Friedens einsetzen zu wollen“.<sup>21</sup> Bekanntlich befürwortete die SPD-Reichstagsfraktion am 4. August ebenso einstimmig die Kriegskredite und ließ sich auf den sogenannten Burgfrieden ein. Als in Hemelingen drei Tage darauf die erste Gemeindeausschuss-Sitzung im Krieg stattfand, verspäteten sich die drei sozialdemokratischen Mitglieder Frasunkiewicz, Johann Meier und Franz Höpfner demonstrativ. Sie betraten den Sitzungssaal erst, nachdem die bürgerliche Mehrheit das Kaiserhoch ausgebracht hatte, um sich danach an der Aussprache über die Unterstützung der Familien von zum Krieg Eingezogenen beteiligen zu können.<sup>22</sup>

---

18 Siehe Autorenkollektiv unter Leitung von Fritz Klein: Deutschland im Ersten Weltkrieg, Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis Ende 1914, Berlin 1968, S.263-265; siehe zu den Protesten auch Jörn Wegner: Die Antikriegsproteste der deutschen Arbeiter am Vorabend des Weltkrieges und ihre Entwaffnung durch die SPD-Führung, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2014/II, S.39-52.

19 Die Aufrufe zu den Kundgebungen in der Region und Berichte darüber finden sich in den BBZ-Ausgaben vom 27.7.-31.7.1914.

20 BBZ, 31.7.1914. Zu Frölich siehe Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004, S.223-225, und zu Wolffheim ebenda, S.882f.

21 Resolutionstext abgedruckt in: BBZ, 29.7.1914.

22 Prot. GA Hem., Laufzeit 30.9.1910-3.10.1916, StAB 6,6/1 Akz.2 – Bd.6, S.368-370.

Darüber, wie die Parteibasis vor Ort dachte, nachdem der Krieg begonnen worden war, berichten keine Quellen. Es spricht aber viel für die Annahme, dass die meisten Genossinnen und Genossen bei ihrer ablehnenden Haltung blieben, zumal die BBZ, die nach wie vor viel gelesen wurde, trotz militärischer Vorzensur an ihrem kritischen Kurs festhielt.<sup>23</sup> Mitglieder des Hemelinger SPD-Ortsvorstandes bekannten sich schon frühzeitig zur Opposition. Den von Karl Liebknecht entworfenen und am 9. Juni 1915 von führenden Parteilinken redigierten „offenen Brief“ an den Parteivorstand und den Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unterschrieben zwölf Hemelinger SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre, darunter außer Frasunkiewicz auch sein Stellvertreter Georg Deilecke, der Kassierer Wilhelm Svenson und zwei Frauen. Mit ihrer Unterschrift bekundeten sie ihren Zorn über die „immer schroffere Abkehr“ der führenden Genossen von den „bisherigen Grundsätzen“ der Sozialdemokratie und deren Anpassung an die Politik des annektonistischen Bürgertums. Gleichzeitig unterstützten sie die Forderung, den Burgfrieden aufzukündigen und zum Klassenkampf zurückzukehren.<sup>24</sup>

Wie überall im Reich, wo die Arbeiterschaft einen hohen Anteil an der Wohnbevölkerung stellte, begannen die Arbeiterhaushalte in Hemelingen zunehmend unter der Verknappung und Verteuerung von Lebensmitteln und Bekleidungsartikeln sowie dem Sinken der Reallöhne zu leiden.<sup>25</sup> Be-

---

23 Es gab zwar auch Redakteure, die sich mit der Politik der Kriegskreditbewilligung einverstanden erklärten, jedoch stachen die kritischen Beiträge, für die insbesondere der Reichstagsabgeordnete Alfred Henke verantwortlich zeichnete, stärker hervor, siehe Lucas, Sozialdemokratie, S.25-27. Einen guten Überblick über die Berichterstattung der BBZ bietet Holger Böning: *Kriegsalltag in der Bremer Presse – einige Schlaglichter und Beobachtungen*, in: Lars U. Scholl (Hrsg.): *Bremen und der Erste Weltkrieg, Kriegsalltag in der Hansestadt*, Bremen 2014, S.50-98, *passim*.

24 Abgedruckt in: *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Reihe II, Bd. 1: Juli 1914-Oktober 1917, Berlin 1958, S.169-173 (Protestschreiben), und 175, 177f. sowie 185 (Unterschriften aus Hemelingen). Zum Vergleich: Unter den etwa 1.000 Unterzeichnern befanden sich nur drei Bremer, Alfred Henke, Johann Knief und Karl Klawitter, in Hamburg und Altona unterschrieben insgesamt elf Genossen, siehe dazu Gerhard Engel: *Johann Knief – ein unvollendetes Leben*, Berlin 2011, S.225, und Volker Ullrich: *Vom Augusterlebnis zur Novemberrevolution. Beiträge zur Sozialgeschichte Hamburgs und Norddeutschlands im Ersten Weltkrieg 1914-1918*, Bremen 1999, S.37.

25 Zur Ernährungslage und der wachsenden Unzufriedenheit gibt es eine umfangreiche Literatur, siehe z. B. Volker Ullrich: *Kriegsalltag. Zur inneren Revolutionierung der wilhelminischen Gesellschaft*, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.): *Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse*, München-Zürich 1994, S.603-671, und Nico Wiethof: „Gebt mir für meine Kinder Brot. Die Fensterscheiben sollte man einhauen.“ *Die Lebensmittelver-*

sonders viel Unmut erregte die Handhabung der Kriegsunterstützung für die Ehefrauen und Kinder der zum Kriegsdienst eingezogenen Männer. Sie speiste sich aus staatlichen Mitteln, ergänzt durch kommunale Zuschüsse, setzte eine Bedürftigkeitsprüfung voraus und war von vornherein zu gering bemessen.<sup>26</sup> Bei der Auszahlung am 1. Juni 1915 wurde den Hemelinger „Kriegerfrauen“ 1,50 Mark abgezogen. „Warum, wurde ihnen nicht gesagt.“ Der Berichterstatter, vermutlich Frasunkiewicz, hoffte, dass der Kriegsausschuss bei der Auszahlung der zweiten Monatsrate „nicht weitere Abzüge macht“.<sup>27</sup> In der Gemeindeausschuss-Sitzung am 23. Juli 1915 forderte er eine Erhöhung der Unterstützung „mit Rücksicht auf die Lebensmittelkürzung“. Gemeindevorsteher Alfred Christern vertröstete ihn mit dem Hinweis, er habe ein „dringliches Gesuch der Frauen schon befürwortend an den Vorsitzenden der Kreiskommission weitergegeben“.<sup>28</sup> „Große Mißstimmung“ herrschte erneut Anfang September, weil Brotzusatzkarten, mit denen die Empfänger gerechnet hatten, nicht ausgegeben wurden.<sup>29</sup> Als dann zwei Monate später die Kriegerfrauen ihre Unterstützung vom Rathaus abholen wollten, gingen sie davon aus, „daß die fünfundzwanzigprozentige Erhöhung der Reichsunterstützung für sie in Kraft trete“. Sie sahen sich getäuscht, weil der zuständige Kreisausschuss für Kriegshilfe des Kreises Achim, „dem wohl aus jedem Ort ein Pastor, aber leider kein Arbeiter angehört“, es versäumt hatte, die entsprechende Ministerialverfügung umzusetzen.<sup>30</sup> Für die folgende Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins am 17. November wünschte sich der Vorstand insbesondere den Besuch von Frauen.<sup>31</sup> Was dort besprochen wurde, ist nicht überliefert. Jedoch versammelten sich zwei Tage später, als der Gemeindeausschuss tagte, etwa 700 Kriegerfrauen vor dem Rathaus, denn auch am 16. des Monats war ihnen der erhöhte Un-

---

sorgung in Bremen während der Kriegsjahre, in: Eva Schöck-Quinteros u. a. (Hrsg.): Eine Stadt im Krieg, Bremen 1914-1918, Bremen 2013, S.291-318. Ausführliche, allerdings unübersichtlich dargebotene Informationen zu diversen Aspekten des Kriegsalltags finden sich bei Hoffmann, Hemelingen, S.215-241. In der BBZ erschienen zahlreiche Hinweise zur Ausgabe von Lebensmitteln und zu deren Regulierung (z. B. durch Brotkarten) sowie Berichte über lange Wartezeiten, Preistreiberei usw.

26 Siehe Karl-Heinz Grotjahn (Hrsg.): Stahl und Steckrüben. Beiträge und Quellen zur Geschichte Niedersachsens im Ersten Weltkrieg (1914-1918), Bd. 2, Hameln 1993, S.87f.

27 BBZ, 7.6.1915.

28 Prot. GA Hem., Sitzung vom 23.7.1915, StAB 6,6/1 Akz.-Bd.6, S.431.

29 BBZ, 4.9.1915.

30 BBZ, 6.11.1915.

31 Siehe BBZ, 11.11.1915.

terstützungssatz nicht ausgezahlt worden. In einer Zuschrift an die BBZ schilderte eine Genossin die Stimmung: „Daß man uns [...] nicht mehr gab, machte böses Blut bei uns Frauen, wo man uns doch das Liebste, was wir haben, unsere lieben Männer, genommen hat.“ Der Gedanke, „dem Bürgermeister unsere Not zu klagen“, habe sich wie ein „Lauffeuer“ verbreitet. Zu ihrer Überraschung hätten sich überwiegend nicht organisierte Frauen an der Aktion beteiligt, „was ich daraus schließe, daß sie größtenteils ‚Deutschland, Deutschland über alles‘ und den letzten Vers von ‚Heil dir im Siegerkranz‘ sangen“. <sup>32</sup> Vielleicht war das geschickt eingefädelt, damit die Gendarmerie sich nicht einzugreifen traute. Jedenfalls stellte die „Berner Tagwacht“, das international beachtete Organ der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern, die Kundgebung in eine Reihe mit Demonstrationen, die in Berlin, Dresden und Leipzig stattgefunden hatten: „Noch steckt die rein ökonomische Protestbewegung in ihren Anfängen, noch sind die in ihr enthaltenen Kräfte nicht entfaltet, und schon schwingt sich die Bewegung auf eine höhere Stufe.“ <sup>33</sup>

Am 11. Dezember ließ Johann Knief, der führende Kopf der Bremer Linksradiكالen, in der wöchentlichen Sitzung des „Indianerklubs“, einer Diskussionsrunde linker Bremer Sozialdemokraten, einige Ausgaben des Schweizer Parteiblatts herumgehen. <sup>34</sup> Frasunkiewicz, der dem Zirkel ansonsten nicht angehörte, war anwesend und äußerte sich pessimistisch: „Es bedürfte eines Heldenmutes, um etwas zu tun. [...] Der Militarismus hat seine Krallen so tief ins Volk geschlagen, daß keiner sich losmachen kann, ohne daß Fleisch sitzen bleibt. Es liegt nicht nur am Nichtwollen, sondern auch am Nichtkönnen.“ Sein Nachredner Martin Boldt führte jedoch die Hemelinger Aktion ausdrücklich als ermutigendes Vorbild an: „Wir müssen die Frauen vorschicken, die man nicht in den Schützengräben bringen kann. [...] Wenn die Munitionsarbeiter streiken, ist der Krieg beendet.“ Der junge Wilhelm Eildermann, dem wir die Überlieferung dieser internen Diskussion verdanken, notierte ergänzend in sein Tagebuch, „der kleine Frasunkiewicz“ habe die Demonstration „organisiert“. <sup>35</sup>

---

32 BBZ, 20.11.1915. Die anonyme Verfasserin könnte Anna Meerkötter gewesen sein, die wenige Monate zuvor den „offenen Brief“ unterzeichnet hatte und gemeinsam mit Frasunkiewicz sogenannte Strickabende organisierte (siehe unten).

33 Berner Tagwacht, 8.12.1915.

34 Zu Knief siehe Engel, Johann Knief, *passim*; zum „Indianerklub“ siehe ebenda, S.237-245, und Lucas, Sozialdemokratie, S.31-34.

35 Zit. nach: Eildermann, Jugend, S.291f. Holger Böning, der die Quelle ausgewertet hat, erwähnt die Hemelinger Demonstration zwar, datiert sie aber falsch (Dezember 1915) und

Das bestritt dieser energisch, als der Ortsvorsteher und bürgerliche Gemeindevertreter ihm in der Dezember-Sitzung des Gemeindeausschusses vorwarfen, „er habe die Kriegerfrauen aufgehetzt und den Burgfrieden gebrochen“.<sup>36</sup> Der Protest der Frauen war erfolgreich, denn ab Dezember 1915 wurde ihnen der erhöhte Unterstützungssatz ausgezahlt.<sup>37</sup> Nach dieser Aktion organisierten die Sozialdemokraten „Flick- und Strickabende“ für Kriegerfrauen, die regelmäßig sonntags abends im geheizten oberen Saal des Lokals „Lüers Tivoli“ stattfanden. Zwecks Unterhaltung wurde dabei aus Werken Goethes, Schillers und Reuters vorgelesen, und man sang gemeinsam.<sup>38</sup>

### 3. Der Weg zur Parteispaltung vor Ort seit Ende 1915

Nachdem 20 Mitglieder der SPD-Reichstagsfraktion, darunter der Bremer Alfred Henke, am 21. Dezember 1915 gegen die fünfte Kriegskreditvorlage gestimmt hatten, spitzten sich die Gegensätze zwischen den den Burgfrieden befürwortenden „Parteimehrheit“ und der Opposition zu. Deren Vertreter waren sich trotz divergierender politischer Auffassungen in einem Punkt einig: Der Krieg sollte so schnell wie möglich und ohne Annexionen beendet werden. In Bremen, wo die Parteimehrheit sich in der Minderheit befand, „platzte“ am 9. Januar 1916 „ein Ereignis, dessen psychologische Auswirkungen sich kaum überschätzen lassen“, so Erhard Lucas.<sup>39</sup> Unangekündigt erschien die „Bremische Correspondenz“, mit der örtliche Parteirechte der „Bremer Bürger-Zeitung“ Konkurrenz machen wollten, weil diese den Standpunkt der Opposition unterstützte. Dies löste in der Mitgliedschaft große Empörung aus. Die Presskommission wählte am 27. Januar ihren bisherigen Vorsitzenden Karl Deichmann ab, der als Reichstagsabgeordneter zur Fraktionsmehrheit gehörte, und ersetzte ihn durch Frasunkiewicz.<sup>40</sup> „Parteispaltung“ hieß das Thema, zu dem am 3. März Johann Knief in der Mitgliederversammlung der Heme-

---

meint, sie habe vor dem Bremer Rathaus stattgefunden. Siehe Böning, Kriegsalltag, S.71. 36 BBZ, 13.12.1915.

37 Siehe ebenda.

38 Ankündigungen und Kurzberichte u. a. in: BBZ, 25.11., 30.11., 24.12.1915, 16.1. wöchentlich bis 18.3.1916. In der wärmeren Jahreszeit sollten die Termine ausfallen.

39 Siehe Lucas, Sozialdemokratie, S.43, daraus auch zum Folgenden.

40 Siehe ebenda, S.46, und Engel, Johann Knief, S.259. Als Ludwig Waigand, der Sekretär des Parteibezirks Nordwest, sich mit Deichmann solidarisch erklärte, verlor er auch sein Amt als zweiter Vorsitzender und Schriftführer der Presskommission.

linger SPD referierte. „Wohl der größte Teil der Anwesenden war mit der Tendenz des Vortrages einverstanden“, meldete die BBZ acht Tage später. In Versammlungen forderte Knief zu der Zeit dazu auf, die Rechten aus der Partei zu verdrängen und diese von innen für die Politik der Linksradi-kalen zu erobern.<sup>41</sup>

Am 12. März vertraten Frasunkiewicz und Svenson in Bremen die Hemelinger Genossen auf der Generalversammlung des südlich und südöstlich der Hansestadt gelegenen 6. hannoverschen Wahlkreises, die nur noch von wenigen Ortsvereinen beschiedigt war. Zwar gelang es ihnen mit äußerst knapper Mehrheit eine Resolution gegen die Herausgeber der „Bremischen Correspondenz“ durchzusetzen, doch sahen sie sich ausgebootet, indem Frasunkiewicz sein Amt als Mitglied der Zeitungskommission an einen Verdener abgeben musste. „Der Hauptzweck“ der Versammlung, kommentierte Frasunkiewicz, sei „ja erreicht. Man hat den ‚radikalen‘ Berserker, welches Wort auch in der Generalversammlung fiel, abgesägt.“<sup>42</sup> Zwei von der Hemelinger SPD angekündigte öffentliche Versammlungen am 27. März und am 20. August 1916 – Letztere mit Alfred Henke zum Thema „Krieg und Frieden“ – wurden verboten.<sup>43</sup> Ohnehin litt das Parteileben durch Einberufung zahlreicher Mitglieder, von denen bereits viele gefallen waren, unter Auszehrung.<sup>44</sup> Am 3. Oktober stimmte Frasunkiewicz im Gemeindefachausschuss gemeinsam mit dem Bürgerlichen Albert Ahlers, Direktor der Jute-Spinnerei, gegen eine Anleihe von 20.000 Mark bei der Hemelinger Sparkasse zwecks Zeichnung zur 5. Kriegs-anleihe.<sup>45</sup> Zuvor waren gemeindliche Kriegs-anleihen – soweit ersichtlich – stets einstimmig beschlossen worden.

Ab Dezember 1916 beschleunigte sich der Spaltungsprozess der SPD: Die Mitgliederversammlung des (mehrheitlich linksradikalen) Bremer

41 Siehe Engel, Johann Knief, S.256-261.

42 BBZ, 16.3.1916. Auch auf der folgenden Kreiskonferenz am 10.9.1916 fiel Frasunkiewicz bei der Wahl des Delegierten zur Berliner Reichskonferenz (21.-23.9.) mit elf zu zwei Stimmen durch. Daran waren mit Stimmrecht der Bezirkssekretär Ludwig Waigand und der Bezirksvorsitzende Hermann Rhein – beide Parteirechte – beteiligt (siehe BBZ, 12.9.1916). Zum Verlauf der Reichskonferenz siehe Hartfried Krause: USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt/Main-Köln 1975, S.68-74.

43 Siehe BBZ, 28.3., 18.8., 19.8.1916.

44 In der BBZ vom 22.7.1916 hieß es, dass von den 100 Hemelinger Gefallenen „ein großer Prozentsatz zu uns“ gehöre.

45 Prot. GA Hem., Sitzung vom 3.10.1916, StAB 6,6/1 Akz.2 –Bd.7, S.502; BBZ, 7.10.1916.

Parteivereins beschloss, keine Mitgliedsbeiträge mehr an den Parteivorstand in Berlin abzuführen, verlor aber die Kontrolle über die Bürger-Zeitung an die Parteispitze.<sup>46</sup> Der Hemelinger Ortsvorstand beklagte in der BBZ-Ausgabe vom 13. Januar 1917, dass mehrere Mitglieder die Idee der „Beitragssperre“ nach ihrer Logik auslegen und einfach keine Beiträge mehr bezahlen“. Es liege jedoch auf der Hand, dass solch eine individuelle Verweigerungshaltung „ohne jegliche praktische Bedeutung“ sei. Der Vorstand des Hemelinger Ortsvereins sei „aus taktischen Gründen zurzeit noch Gegner der Beitragssperre“ und habe das Thema deshalb auf die Tagesordnung der kommenden Mitgliederversammlung gesetzt. Folgende Resolution fand nach längerer und kontroverser Diskussion eine beträchtliche Mehrheit: „Die am 14. Januar tagende Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Hemelingen erklärt, daß sie mit der Politik des Parteivorstandes und der Mehrheit der Reichstagsfraktion nicht einverstanden sein kann. Die Sozialpatrioten haben durch ihre Politik wohl die Interessen der kapitalistischen Gesellschaft, aber nicht die des auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Proletariats vertreten. Aus diesem Grunde lehnt die Versammlung grundsätzlich die Politik des Parteivorstandes und seiner Vertrauten ab. Die Versammlung erklärt, daß sie prinzipiell auf dem Boden der Beitragssperre steht, diese aber zur Zeit aus t a k t i s c h e n Gründen ablehnen muß. Soll die Beitragssperre ein wuchtiger Schlag gegen den Parteivorstand sein, so muß sie systematisch im ganzen Reiche von der gesamten Opposition organisiert und beschlossen werden!“ Die mittlerweile von der Parteirechten redigierte BBZ druckte den Bericht zwar ab, merkte dazu jedoch an, man wisse „nicht, worüber man mehr erstaunen soll, über die Offenheit der Hemelinger Genossen, die nahe an Zynismus grenzt, oder über ihre Kurzsichtigkeit“.<sup>47</sup>

Derweil hatte sich am 7. Januar die Opposition zu ihrer ersten Reichskonferenz in Berlin getroffen, worauf die Parteimehrheit elf Tage später mit Parteiausschluss reagierte.<sup>48</sup> Einen Monat später, am 8. Februar, stimmte der Bezirksvorstand Nordwest dem Vorgehen von Parteiausschluss und -vorstand „rückhaltlos“ zu,<sup>49</sup> was auf der folgenden Vorstandskonferenz des 6. hannoverschen Wahlkreisvereins am 4. März zu heftigen Auseinandersetzungen führte. Weder konnten sich die Hemelinger mit einer Resolution, „die sich für die Opposition aussprach“, durchset-

---

46 Siehe Lucas, Sozialdemokratie, S.75-80, 85-89.

47 BBZ, 18.1.1917.

48 Siehe Krause, USPD, S.79-84.

49 BBZ, 10.2.1917.

zen, noch Bezirkssekretär Ludwig Waigand mit einem gegenteiligen Antrag. Mehrheitlich beschloss die Konferenz, dass sie „sich mit der Politik der Mehrheit nicht einverstanden erklären“ könne, verwerfe „jedoch jede Gründung von Sonderorganisationen, bevor der nächste Parteitag gesprochen hat“. Waigand schaffte es mittels eines Zusatzantrages dennoch, dass sich eine Mehrheit hinter den Beschluss des Bezirksvorstandes vom 8. Februar stellte. Darauf erklärten die Vertreter des Hemelinger Ortsvorstandes, „daß sie die Scheidung vollzogen haben und sie ihrer eigenen Wege gehen würden“.<sup>50</sup>

Bevor die Hemelinger Parteibasis darüber debattieren und entscheiden konnte, ob sie dem Kurs ihrer Führung folgen wollte, versuchten Waigand und eine Gruppe von Hemelinger Genossen jeweils, den Sozialdemokratischen Verein für die benachbarten Orte Mahndorf, Arbergen und Uphusen auf ihre Seite zu ziehen, der „eingeschlafen“ und auf Konferenzen des Kreisvereins schon seit längerer Zeit nicht mehr vertreten gewesen war. Am 18. März fand eine Mitgliederversammlung zwecks Wiederbelebung der Parteiarbeit statt, zu der 14 Genossen erschienen. Die Hemelinger Gäste unter Frasunkiewicz' Führung waren sogar in der Überzahl und wurden zur Diskussion zugelassen. Gegen den heftigen Widerstand des Bezirkssekretärs warben sie für die Opposition und erreichten, dass die Mahndorfer sich ihr bei einer Gegenstimme anschlossen.<sup>51</sup>

Eine Woche später stimmte die Mitgliederversammlung des Hemelinger Parteivereins darüber ab, ob sie bereit war, sich die einmütig beschlossene Entscheidung ihres Vorstandes zu eigen zu machen.<sup>52</sup> Frasunkiewicz begründete sie und wurde von einigen Diskussionsrednern unterstützt. Hermann Rhein und Waigand vom Bezirksvorstand „ließen sich auf die persönlichen Angriffe nicht ein“ und warnten vor der „Zerreißung der Kreisorganisation“. Sie fanden kein Gehör. Die Versammelten entschieden sich im Sinne des Ortsvorstandes. Die BBZ vermerkte, es sei nicht feststellbar gewesen, ob auch Stimmenthaltung geübt wurde. Ein Teil der Besucher sei bereits vor der Abstimmung gegangen. Waigand gab bekannt, er werde bei denjenigen Genossen, die nicht mit der Mehrheitspar-

---

50 BBZ, 6.3.1917.

51 Siehe Sitzungsprotokoll, Auszug aus Protokollbuch des Sozialdemokratischen Vereins für Mahndorf, Arbergen und Uphusen, begonnen am 14. Juni 1907, nach Reinhard Dietrich: Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte im Altkreis Achim – eine chronologische Dokumentation, Verden 2008, S.30f., und BBZ, 20.3.1917.

52 Einladung in: BBZ, 20.3.1917.

tei brechen wollten, weiterhin die Beiträge kassieren.<sup>53</sup> Außerdem betrachtete er es als „selbstverständliche Pflicht [...], als stellvertretender Kreis-kassierer das Material und die Kasse in Verwahrung zu nehmen“, was ihm teilweise gelungen zu sein scheint.<sup>54</sup>

#### 4. Von der Abspaltung bis zur Novemberrevolution

Zwei Tage nach der Mitgliederversammlung führte am 27. März 1917 die Trennung zu einer handgreiflichen Auseinandersetzung. Da die Hemelinger Filial-Expedition der BBZ zur Opposition übergegangen war, wollte der Verlag die Verbreitung der Zeitung vor Ort wieder selbst in die Hand nehmen. Mehrere Verlagsangestellte gingen gemeinsam mit drei Bremer Zeitungsfrauen nach Hemelingen, um die Zeitung dort zu verteilen. Die bisherigen Austrägerinnen stellten sich ihnen entgegen und holten den Arbeiter Asendorf zur Hilfe, „der seinerseits nun versuchte, den Angestellten bzw. den Zeitungsausträgerinnen die Zeitungen mit Gewalt zu entreißen, was zum Teil auch gelang“. Das Achimer Schöffengericht sprach ihn im Juni 1917 vom Tatvorwurf der Nötigung frei, da er glaubte, er habe „als Mitglied der Hemelinger Zeitungskommission über deren Eigentum zu wachen“.<sup>55</sup>

Die Opposition konstituierte sich in Gotha, wo sie vom 6. bis 8. April 1917 ihren Gründungsparteitag abhielt, als „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (USPD).<sup>56</sup> In Hemelingen bildete sich der bisherige Ortsverein zum USPD-Ortsverein um. Man verstand sich jedoch als *der* Ortsverein. Vor Ort hatten sich die Rechten sozusagen abgespalten. Die Streitigkeiten zwischen dem Hemelinger Ortsverein der neuen Partei und den ehemaligen Genossen, die sich dem Wechsel verweigert hatten, gingen weiter und nahmen gehässige Formen an. Greifbar wird dies vor allem in der Berichterstattung der BBZ, die insbesondere gegen Frasniewicz zu Felde zog, „In der widerlichsten Weise unter den handgreiflich unwahrsten Behauptungen“ habe „dieser Renegat“ per Flugblatt die der

---

53 Siehe BBZ, 27.3.1917.

54 Ebenda. Im September 1919 warfen Hemelinger USPD-Funktionäre Waigand und Rhein vor, unrechtmäßig Eigentum des ehemaligen Parteivereins beschlagnahmt zu haben, siehe BAZ, 3. und 10.9.1919.

55 BBZ, 17.6.1917. Nähere Angaben zu Asendorf können nicht gemacht werden, weil mindestens zwei Hemelinger Sozialdemokraten so hießen und wahrscheinlich miteinander verwandt waren.

56 Siehe Krause, USPD, S.86-92.

Mehrheit treu Gebliebenen auf seine Seite zu ziehen versucht. Als Ersatz für die boykottierte BBZ warb er um Abonnements für oppositionell redigierte Parteiblätter, den Braunschweiger „Volksfreund“ und anschließend die „Leipziger Volkszeitung“.<sup>57</sup>

Ende Mai oder Anfang Juni konstituierte sich die Hemelinger Minderheit als „Ortsverein“ und wählte den Schlosser Heinrich Vogel als Vorsitzenden sowie den Metalldrucker Hermann Epple als Kassierer. Ausgestattet mit einer grünen Legitimationskarte wollte man kassieren gehen und versuchen, der USPD-Konkurrenz Beitrag zahlende Mitglieder wieder abspenstig zu machen.<sup>58</sup>

Offenbar mit wenig Erfolg. Ende Juli oder Anfang August zählte der „sozialpatriotische“ Ortsverein laut Angaben der Unabhängigen nur drei Mitglieder, und die Anzahl der BBZ-Abonnenten sei auf 19 geschrumpft.<sup>59</sup> Demgegenüber verfüge der USPD-Verein über mehr als 300 Mitglieder, „ohne die im Felde stehenden“. Diese seien aber „mit der Tätigkeit des Hemelinger Ortsvereinsvorstandes einverstanden“. Die „Leipziger Volkszeitung“ werde von 161 Genossen gelesen.<sup>60</sup> Selbst gesetzt den Fall, der mutmaßliche Verfasser Frasunkiewicz habe die Statistik in seinem Sinne ein wenig geschönt, ist das erdrückende Übergewicht der USPD vor Ort offenkundig. Im Juni und Juli führte sie Volksversammlungen durch, „die jedesmal überfüllt waren“. Die Versammelten forderten eine bessere Lebensmittelversorgung und am 12. Juli eine fünfzigprozentige Lohnerhöhung in allen Hemelinger Fabriken. Am 2. August organisierte der Ortsverein einen Ferienausflug für 563 Kinder in den Nachbarort Uphusen.<sup>61</sup> Voller Stolz präsentierte er diese Zahlen und Aktivitäten im achtseitigen Wochenblatt des am 12. Juni 1917 gegründeten Bezirks Wasserkante der USPD, das wenige Tage nach Erscheinen verboten wurde.<sup>62</sup> Tatsächlich konnte er sich damit im Bezirk durchaus sehen lassen, denn andere Ortsvereine genossen nicht so viel Ellenbogenfreiheit und waren, auch in Bre-

---

57 BBZ, 30.4.1917. Zu diesem wenig befriedigenden „Notbehelf“ hatte sich zuvor bereits der Bremer Parteiverein durchgerungen, siehe Lucas, Sozialdemokratie, S.86f.

58 Siehe BBZ, 2.6.1917.

59 Partei-Mitteilungen für die Organisationen der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands, Bezirk Wasserkante, vom 11.8.1917, S.8, Archiv der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts im Universitätsarchiv Bremen (SfS), III.26, Sammlung Volker Ullrich, 7.9. (1) USPD: Hamburg, Wasserkante 1917-1920.

60 Ebenda, S.7.

61 Ebenda, S.7f.

62 Siehe Ullrich, Augusterlebnis, S.78f.

men, in der Arbeiterschaft deutlich weniger verankert.<sup>63</sup> Dort hatte sich am 8. Mai eine zweite Parteispaltung vollzogen, indem die Mitgliederversammlung des linksradikalen Parteivereins einen Antrag Alfred Henkes auf Anschluss an die USPD mehrheitlich ablehnte. Die in der Minderheit Gebliebenen – 182 Genossen und Genossinnen – hielten an ihrem Vorhaben fest, und somit existierten nun drei sozialdemokratische Parteien in der Hansestadt.<sup>64</sup>

Die durch Hungerunruhen und insbesondere die letzten Massenstreiks alarmierten Militärbehörden betrachteten die unabhängigen Sozialdemokraten als Urheber, die „am Werke“ seien, „Verhetzung in weitestem Maße ins Volk zu tragen“. Um dies zu unterbinden, so der „Obermilitärbefehlshaber“ in einem Schreiben von Anfang August, müsse dem „gefährlichen Treiben [...] mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden“. Insbesondere seien Versammlungen der USPD streng zu überwachen und sofort aufzulösen, „sobald hetzerische Ausdrücke oder Redewendungen fallen“. Gegenüber Personen, die „systematisch die Verhetzung der Bevölkerung“ betreiben, sei „unnachichtig von dem Mittel der Schutzhaft Gebrauch zu machen“.<sup>65</sup> Frasunkiewicz fiel dieser Maßnahme zum Opfer. Mitte August 1917 wurde er verhaftet und verbrachte 444 Tage und Nächte im Bremer Untersuchungsgefängnis, aus dem man ihn erst am 31. Oktober des folgenden Jahres entließ.<sup>66</sup>

Da der USPD-Bezirk Wasserkante nach dem Verbot der „Partei-Mitteilungen“ über kein eigenes Organ mehr verfügte und die BBZ von Mehrheitssozialisten redigiert wurde, liegen ab August 1917 keine Berichte mehr vor, die Rückschlüsse auf die Tätigkeit der Hemelinger Unabhängigen ermöglichen. Am 30. Januar 1918 verschärfte das Stellvertretende Generalkommando des IX. Armeekorps die politische Repression noch, indem es für Bremen und Hemelingen ein außerordentliches Kriegsge-

---

63 Siehe ebenda, und Lucas, Sozialdemokratie, S.93f.

64 Siehe Lucas, Sozialdemokratie, S.89-92, und Ullrich, Augusterlebnis, S.80. Zur Kritik der Linksradikalen, insbesondere Johann Kniefs, am „Zentrum“, das doch wieder nach rechts schwenken würde, siehe Engel, Johann Knief, S.295.

65 Schreiben, mitgeteilt im Schreiben des Reichskanzlers an die außerpreußischen Bundesregierungen ohne eigene Militärverwaltung vom 3.8.1917, Sfs, III.26, 7.9. (1), wie Anm. 59. „Schutzhaft“ war als besondere Form der Sicherheitshaft Ende 1916 eingeführt worden und konnte von Militärbefehlshabern auf unbestimmte Zeit angeordnet werden. Sie setzte keine strafbare Handlung voraus. Siehe Engel, Johann Knief, S.342.

66 Siehe Adam Frasunkiewicz: Vor zwei Jahren, in: BAZ, 5.11.1920.

richt einsetzte.<sup>67</sup> Eine Lockerung machte sich erst bemerkbar, nachdem sich am 3. Oktober 1918 das Reichskabinett des Prinzen Max von Baden unter Beteiligung der Mehrheitssozialdemokraten gebildet hatte und eine Parlamentarisierung des bisherigen Regimes einsetzte. Am 30. des Monats führte der Hemelinger Ortsverein der frisch gebackenen Regierungspartei eine öffentliche Volksversammlung im „Lüers Tivoli“ durch. Als Referent trat Wilhelm Dammer auf, ein führender Funktionär aus Bremen, der über das „Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst“ sprach, das am 2. Dezember 1916 in Kraft getreten war und die Freizügigkeit der Arbeitnehmer aufhob. Versammlungsteilnehmer kamen auch von der USPD und nutzten die Aussprache zu heftiger Kritik. Georg Deilecke, als 2. Vorsitzender des USPD-Ortsvereins Frasunkiewicz' Stellvertreter, bezeichnete das Gesetz als „Knebelungsgesetz, das bald beseitigt werden müsse“, und forderte „die sofortige Amnestie aller wegen politischer Vergehen in Schutzhaft Befindlichen“. Der Versammlungsleiter Vogel gab sich nunmehr versöhnlich und kündigte eine öffentliche Versammlung innerhalb der nächsten zwei Wochen an, in der ein Fraktionsmitglied der Unabhängigen zur politischen Lage referieren würde.<sup>68</sup> Aber auch die folgende öffentliche Volksversammlung zum Thema „Die neue Volksregierung und der Frieden“ – angekündigt in der BBZ-Ausgabe vom 6. November – veranstalteten die Mehrheitssozialdemokraten. Als sie am 8. November mit Waigand als Redner stattfand, hatten sich in Bremen und Hemelingen bereits Arbeiter- und Soldatenräte konstituiert.<sup>69</sup> Franz Höpfner, der sich zu den Mehrheitssozialdemokraten bekannte, forderte zur Einigkeit auf.<sup>70</sup> Frasunkiewicz, der am 6. November vom Söller des Bremer Rathauses bereits den Beginn der Revolution verkündet hatte, besuchte die Volksversammlung und wurde als Haftentlassener lebhaft begrüßt. Im wahrscheinlich am 6. November gebildeten Hemelinger Arbeiter- und Soldatenrat<sup>71</sup> arbeiteten Mehrheits- und unabhängige Sozialdemokraten unter dem Vorsitz Höpfners zunächst einträchtig zusammen, jedoch traten die Gegen-

---

67 Siehe Herbert Schwarzwälder: *Geschichte der Freien Hansestadt Bremen*, Bd. 2: Von der Franzosenzeit bis zum Ersten Weltkrieg (1810-1918), erw. u. verb. Aufl., Bremen 1995, S.641.

68 BBZ, 2.11.1918.

69 Zu den revolutionären Ereignissen der ersten Tage in Bremen siehe Peter Kuckuk: *Bremen in der Deutschen Revolution 1918/1919. Revolution, Räterepublik, Restauration*, Bremen 1986, S.45-76.

70 Siehe BBZ, 9.11.1918

71 Siehe Rauer, Hemelingen, S.205.

sätze im Laufe des Jahres 1919 schärfer denn je wieder hervor. Anfang Januar bildete sich eine Ortsgruppe der KPD.<sup>72</sup> Sie befeuerte die Polarisierung noch, indem sie die USPD, aus der sie sich abgespalten hatte, weiter nach links zu drängen versuchte.<sup>73</sup>

### 5. *Ausblick*

Nach dem Ausbruch der Novemberrevolution erweiterte sich Frasunkiewicz' Wirkungskreis als Revolutionär und Politiker. Er gehörte zu den linken Wortführern im Bremer Arbeiter- und Soldatenrat und führte den stellvertretenden Vorsitz im Rat der Volksbeauftragten der Räterepublik. Im August 1919 zum Sekretär des USPD-Bezirks Nordwest gewählt, behielt er diese Funktion auch in der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (VSPD) bei, zu der sich der selbstständig gebliebene Teil der Unabhängigen und die Mehrheitssozialisten im Oktober 1922 zusammengeschlossen hatten. Er starb 43-jährig am 1. August 1923.<sup>74</sup>

---

72 Siehe *Der Kommunist*, 24.1.1919.

73 Siehe demnächst meinen Aufsatz „Der Arbeiter- und Soldatenrat Hemelingen (November 1918-Februar 1920) – sein Weg zwischen revolutionärem Aufbruch und Selbstaufgabe“, der voraussichtlich in der Edition Falkenberg, Bremen, erscheinen wird.

74 Siehe Kuckuk, Bremen, S.172, 335; Roß, Handbuch, S.127f.